

Internationaler Steuerwettbewerb: Risiko oder Chance?

Auf der Welt existieren momentan gut und gerne 193 Staaten, die alle mit dem Problem konfrontiert sind, ihre fortlaufenden Tätigkeiten finanzieren zu müssen. Da sie mit ihren Tätigkeiten im Kern nicht unmittelbar am System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zur Produktion konsumfähiger Güter teilnehmen und ihre Dienste nicht auf den normalen Arbeits- und Gütermärkten anbieten, können Staaten nicht über das klassische Tauschgeschäft für ihre eigene Subsistenz verantwortlich sein. Eine alternative Einnahmequelle, die wahrscheinlich von allen Staaten genutzt wird und die Norm in jeder hierarchisch organisierten Gesellschaft zu sein scheint, ist die Besteuerung jener Personen im Herrschaftsbereich der politischen Institutionen. Die besteuerten Menschen finanzieren daher mit einem Teil ihrer eigenen produktiven Tätigkeit die Subsistenz der Menschen die innerhalb der politischen Institutionen tätig sind und zudem jegliche weitere Handlung welche diese Institutionen im besagten Herrschaftsbereich, für und meistens auch im Namen der dort lebenden Menschen, ausüben. Die kritische Rolle der Steuereinnahmen für politische Institutionen wird sehr schnell ersichtlich und ist der Hauptgrund, dass die Staaten ihr Prerogativ zur Steuererhebung neidvoll hüten und Konkurrenz um ihre Einnahmen im mindesten scheuen. Insbesondere der internationale Steuerwettbewerb stellt einen Mechanismus dar, welcher diese beständigen und fast sicheren Einnahmen von Staaten bedrohen könnte. Aber liegt hier tatsächlich ein Risiko, oder doch vielmehr eine Chance auf eine wohlhabendere Gesellschaft? Um sich dieser Frage anzunähern wird in diesem Essay versucht potenzielle Auswirkungen des Steuerwettbewerbs auf den Öffentlichen Sektor und auf die besteuerten Individuen zu betrachten. Zudem schließt sich eine nähere Betrachtung der Effekte des Steuerwettbewerbs auf die Gestaltung von Steuersystemen an.

Betrachtung des Öffentlichen Sektors.

Steuerwettbewerb kann als ein Zustand der Konkurrenz zwischen verschiedenen steuererhebenden politischen Institutionen angesehen werden. Diese Institutionen (von nun an vereinfacht als "Staaten" bezeichnet) schaffen die steuerlichen Rahmenbedingungen an welche die besteuerten Subjekte gebunden sind. Diesen Individuen, welche in erster Linie Personen oder Unternehmen darstellen, wird ein rationales Kalkül der Kostenminimierung unterstellt, welches sich im weitesten Sinne darin äußern könnte, dass sie ihre wirtschaftlichen (und sozialen) Tätigkeiten in den Herrschaftsbereich einer Institution mit niedrigen Steuer verlagern könnten, um den dortigen Kostenvorteil zu auszunutzen. Folglich würden die Steuereinnahmen der höher besteuerten Instanz, aufgrund einer schwindenden Steuerbasis (die Anzahl steuerpflichtiger Individuen) sinken, sollte sie ihrerseits nicht die Kosten der Besteuerung für die Individuen in ihrem Herrschaftsbereich verringern. Durch den Steuerwettbewerb könnte somit über alle Staaten hinweg ein Trend zur stetigen Senkung der Steuern ausgelöst werden, welcher subsequent die verfügbaren Ressourcen aller politischer Instanzen schmälert, die Durchführung ihrer angenommenen Tätigkeiten erschwert oder im Extremfall sogar ihr fortwährendes Bestehen gefährden könnte. Aus einer etatistischen Perspektive befinden sich die konkurrierenden Staaten offensichtlich in einem Dilemma. Es besteht daher ein nachvollziehbares Interesse von Seiten der Staaten, insbesondere solcher welche gegenwärtig noch hohe Steuersätze haben, Übereinkünfte miteinander zu schließen um Steuersätze festzulegen, den gegenseitigen Wettbewerb zu unterbinden und somit das Einsetzen des beschriebenen Trends zu verhindern. Man erkennt schnell eine Analogie zum Wettbewerb zwischen Unternehmen die auf dem Markt miteinander konkurrieren. Diesen Unternehmen ist es indes, zumindest in den meisten westlichen Volkswirtschaften, durch das Kartellrecht untersagt in genau solche Abmachungen einzutreten, da hier klassischerweise angenommen wird, dass explizit der Wettbewerb auf Produzentenseite die Wohlfahrt innerhalb der Gesellschaft maximiert. Es wirft sich also die berechnete Frage auf, warum der Steuerwettbewerb zwischen verschiedenen Staaten nicht den selben Effekt hervorrufen sollte?

Nun könnte zunächst ein solch enger, direkter Vergleich zwischen konkurrierenden Unternehmen und Staaten nicht zulässig sein. Staaten treten gemeinhin als Wahrnehmer gewisser essenzieller Tätigkeiten auf, welche zumindest im globalen Norden das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenlebens bilden. Einzelne Unternehmen produzieren hingegen "lediglich" Güter und Dienstleistungen die zwar einen positiven Effekt auf den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft ausüben, für ihr primäres Bestehen jedoch nicht essenziell scheinen. Der Untergang eines ganzen Staates, im Gegensatz zu dem eines Unternehmens, hätte demnach einen immensen Wohlfahrtsverlust zur Folge, über welchen eine hinreichend risikoaverse Position gerechtfertigt sein könnte, die bestrebt ist den Steuerwettbewerb zwischen Staaten zu unterbinden. Insbesondere in Verbindung mit dem relativ zum Bruttoinlandsprodukt gemessenen Schuldenstand vieler Staaten in Europa und (Nord-)Amerika könnte der Ausfall von Steuereinnahmen viele Staaten vor immense Probleme stellen. Oberflächlich erscheint mir jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass ein ganzer Staat der westlichen Welt, über die eigentliche Zahlungsunfähigkeit hinaus, strikt aufgrund fehlender Steuereinnahmen komplett untergeht, als ziemlich

Unwahrscheinlich und ist in dieser Form zumindest seit 1945 nicht vorgekommen.¹ Man könnte den Vergleich also so runterbrechen, dass Unternehmen insolvent gehen und vom Markt verschwinden, während Staaten insolvent gehen und dennoch weiter bestehen. Der strikte Vergleich zwischen Unternehmen und Staaten erscheint daher, zugunsten der Position von Staaten, als nicht haltbar. Die Eintrittswahrscheinlichkeit des beschriebenen Falls eines Staatenuntergangs könnte also als angemessen gering angenommen werden, um einen gedanklichen prohibitiven, negativen Erwartungswert zu überschreiten welcher zuvor die risikoaverse Position gerechtfertigt hätte. Das Argument, der Steuerwettbewerb allein gefährde die Existenz von Staaten und damit das Rückgrat einer gesamten Gesellschaft, erscheint mir daher als kaum haltbar und sollte nicht als Begründung für die Einschränkung des Steuerwettbewerbs herangezogen werden.

Die Funktion von modernen Staaten geht heutzutage natürlich weit über die eigentlichen Kernfunktionen von innerer und äußerer Sicherheit, sowie der Bereitstellung eines Justizsystems hinaus. Vielmehr haben sich Staaten eine schiere Menge an verschiedenen Bereichen zu eigen gemacht, innerhalb welcher sie im Namen der Bürger Tätigkeiten ausüben. Ohne hier tiefer auf einzelne Bereiche einzugehen, so dürfen Individuen nicht nur als Kostenminimierer angesehen werden, sondern generell als Nettonutzenmaximierer. Die Kosten welche sie durch Steuern von Staaten auferlegt bekommen müssen demnach auch mit dem angebotenen "Produkt", welches abstrakt als "die ermöglichte Lebenssituation für das Individuum im Herrschaftsbereich des Staates" beschrieben werden könnte, verglichen werden. Die potenziellen Einnahmen von Staaten würden also durch den Wettbewerb mit anderen Staaten reguliert, während sie gleichzeitig unter dem Druck stünden mit dem restriktierten Budget ein besonders gutes Produkt für bestehende und potenzielle Bürger anzubieten. Erweitert man den eingangs betrachteten Bereich der Einnahmenseite nur kurz um die Ausgabenseite, so erschließt sich mir persönlich noch viel weniger wieso der (friedliche) Wettbewerb zwischen Staaten überhaupt eingeschränkt werden sollte. Oberflächlich betrachtet fällt das Produkt welches die meisten Individuen bekommen, im Vergleich zur Menge an Steuern die sie bezahlen, sogar in den entwickeltsten Volkswirtschaften, eher schwach aus. Schaut man sich die Staatsquoten mancher Volkswirtschaften an, so könnte die Überlegung angebracht sein, ob eine re-Spezialisierung der Staaten auf weniger Tätigkeiten nicht generell erstrebenswert sein könnte. Den Effizienzdruck auf die Staaten durch zusätzliche Einschränkungen des Wettbewerbs auf der Einnahmenseite weiter zu verringern scheint der gesellschaftlichen Wohlfahrt daher generell als wenig zutulich. Natürlich müssten Aufgaben welche der Staat in diesem Fall ehemals übernommen hatte, und sich subsequent entscheidet nicht mehr weiterzuführen, durch andere Institutionen oder Individuen übernommen werden. Dies birgt natürlich zunächst das Risiko der Unterversorgung mit eben diesen Tätigkeiten, zumal es Bereiche zu geben scheint welche auch weiterhin nicht in ausreichendem Maße vom Privatsektor bereitgestellt werden können. Diese Bereiche gelten zudem oft als essenzielle Voraussetzung für den Wohlstand einer Gesellschaft. Aus einer übermäßig optimistischen Sichtweise müsste man davon ausgehen, dass zunächst jene Tätigkeiten nicht mehr vom Staat übernommen werden, welche den geringsten gesellschaftlichen Nutzen in Relation zu ihren Kosten aufweisen. Realistischer scheint natürlich eine pessimistischere Betrachtung, welche spezielle Privilegien von bestimmten Gruppen mit einbezieht, welche auch kurzfristig und im Fall schwindender Einnahmen weiter Bedient würden. Über lange Sicht dürfte sich eine solche Strategie jedoch niemals auszahlen, da eine zunehmende Knappheit von Ressourcen zum bereits beschriebenen Effizienz- und Anpassungsdruck führen müsste. Mit schwindenden Ressourcen sollte eine rationale Institution daher mit voranschreitender Zeit auch unter dem Einfluss politischer Interessengruppen essenzielle Bereiche priorisieren. Hält man sich strikt an die Annahme, dass essenzielle Tätigkeiten den größten Wohlfahrtsgewinn realisieren und dass aus Kosten- und Anpassungsdruck Effizienzsteigerungen in diesen Bereichen resultieren, so müsste dies zu einem klaren Vorteil für die Gesellschaft werden.

Betrachtung besteufter Individuen

Wie bereits angedeutet sollte der Steuerwettbewerb beim Individuum zu einer Veränderung der subjektiven Kosten-Nutzen-Rechnung führen. Die Besteuerung von Arbeitseinkommen führt beispielsweise dazu, dass der individuelle Nutzen jeder Stunde Arbeit verringert wird, während die individuellen Kosten (=Zeit die ein Individuum in Arbeit investiert) unverändert bleiben. Resultierend aus dieser Annahme führt Besteuerung zu einer Verringerung des optimalen Zeitaufwands welchen jedes Individuum bereit ist in produktive Tätigkeiten zu investieren. Eine steigende Besteuerung könnte über diesen Effekt dazu führen, dass die Gesamtzahl an getätigten Arbeitsstunden in einer Volkswirtschaft abnimmt, wodurch auch das Gesamtprodukt an geschaffenen Gütern und Dienstleistungen abnehmen müsste. Hierentgegen steht die Annahme, dass ein höherer Steuersatz dazu führt, dass Individuen erkennen, dass sie nur mit einem höheren Arbeitsaufwand den selben Nettolohn und Lebensstandard erwirtschaften können. Das Individuum hätte in diesem Fall bei

¹ Die Probleme der ehemaligen sozialistischen „Ostblock Staaten“ könnten vielleicht auch im Bezug auf fehlende Einnahmen betrachtet werden. Die Ursache ihrer Probleme scheint jedoch nicht speziell im eigentlichen Einnahmenbereich, sondern vielmehr an der Gesamtproduktivität und Struktur ihrer Wirtschaft gelegen haben.

gleichem Nettolohn gleichzeitig weniger Stunden vom Tag. Eine Veränderung der Steuer wirkt sich also in jedem Fall auf die relative Verteilung des Einkommens zwischen privatem und öffentlichem Sektor aus, wobei steigende Steuern die privaten Haushalte benachteiligen. Im Falle sinkender Steuern würde freilich der entgegengesetzte Effekt eintreten und die Anreize in die entgegengesetzte Richtung verändern. In diesem Fall, egal ob die Neigung zu mehr Einkommen oder Freizeit überwiegt, würde dem Individuum das Erreichen eines höheren Wohlstandslevel als Summe von Einkommen und Freizeit ermöglicht. Der Steuerwettbewerb hätte in diesem Fall einen prohibitiven Effekt gegenüber der Anhebung der Einkommenssteuer und könnte zudem einen Anreiz in Richtung ihrer Absenkung schaffen. Die Effekte des Steuerwettbewerbs auf die Einkommenssteuer wären für jedes Individuum welches eigenes Einkommen oder Freizeit schätzt, generell als positiv zu bewerten. Gleichzeitig eröffnet sich dem Individuum die bereits angenommene Möglichkeit seine Lebensumstände durch den Umzug in einen anderen Steuerbereich eigenständig zu verbessern, sollte sie das Angebotene Preis-Leistungsverhältnis der Staatstätigkeit dort mehr schätzen. Der Steuerwettbewerb wäre in diesem Fall ein Teilmechanismus welcher es dem Individuum ermöglicht, ungebunden an eine bestimmte Politik seine Wohlfahrt durch eine Vielzahl alternativer Angebote zu maximieren. Die Marktlogik und die Mechanismen des Wettbewerbs, auf welche eingangs bereits Bezug genommen wurde, scheint auch nach dieser Betrachtung weiterhin als angebracht und positiv für die Individuen als Leistungsbezieher.

Ein weiterer Effekt der Besteuerung wirkt sich zudem auf Unternehmungen und insbesondere auf deren Bestand and Kapital aus. Die enorme Relevanz des Kapitalstocks für eine Volkswirtschaft ist eine zentrale Annahme der Wachstumstheorie. Vereinfacht ausgedrückt erhöht der Kapitalstock die Produktivität der Arbeit und wirkt daher positiv auf den erzielbaren Wohlstand in einer Gesellschaft. Der private Kapitalstock ist jedoch keine feststehende Größe und muss einer ständigen Instandhaltung, Wartung und Modernisierung unterzogen werden. Diese Vorhaben müssen, genauso wie der Konsum, mit dem bestehenden Angebot an Gütern in der Volkswirtschaft unternommen werden. Ein Anteil des gesamten volkswirtschaftlichen Einkommens muss also in diesen Bereich investiert werden, um die Produktivität der Volkswirtschaft für die Zukunft zu garantieren. Da den privaten Unternehmen und Personen nur ihr Nettoeinkommen zur freien Verfügung steht, kann die Erhaltung und der Ausbau des privaten Kapitalstocks auch nur aus diesem Budget finanziert werden. Steuern auf die Einkommen von Unternehmen und Personen verringern das verfügbare Einkommen dieser potenziellen Investoren und somit auch den Anteil hieraus welcher in den Kapitalstock investiert werden kann. Besonders hohe Steuern könnten also die Ausweitung und Modernisierung des Kapitalstocks in bestehende oder neue Branchen verhindern, somit das Wachstum hemmen und den zukünftigen Wohlstand einer Volkswirtschaft gefährden. Niedrige Steuern könnten hingegen Anreize dazu schaffen produktive Ressourcen in einem volleren Maß auszunutzen. Aus dem selben Nettobudget werden zudem auch Investitionen in Forschung und Entwicklung getätigt um Invention und Innovation zu erreichen. Sollte der Wettbewerb zwischen verschiedenen Steuerräumen durch eine Senkung der Besteuerung von Unternehmen und Personen dazu beitragen den Kapitalstock aufzuwerten, zu modernisieren, oder Anreize schaffen das Risiko von Investitionen in Forschung und Entwicklung auf sich zu nehmen, so müsste dies ebenfalls als eine großen Chance des Steuerwettbewerbs verbucht werden.

In einem "grenzenlosen" Wirtschaftsraum, wie beispielsweise der EU, könnte man somit davon ausgehen, dass der Steuerwettbewerb Arbeit und Kapital in erster Linie in jene Regionen mit niedrigen Steuern zieht, da der Nettonutzen von produktiven Ressourcen hier am höchsten ist. Dies bevorteilt natürlich kurzfristig jene Subjekte, welche zunächst die Bereitschaft haben, und allgemein in der Lage sind, ihren Standort in diese vorteilhaften Bereiche zu verändern. Der Mobilitätsgrad produktiver Ressourcen könnte in diesem Fall entscheidend dafür werden, welche Personengruppen von einer differenzierten Steuerstruktur profitieren können. Menschen und Kapital welche in einem hoch besteuerten Raum "festhängen", würden im Vergleich zu ihren mobileren Konkurrenten mit einem Wettbewerbsnachteil konfrontiert, welcher die Wirtschafts- und Marktstrukturen in einer Regionen verändern könnte. Hierdurch resultierten dann potenziell Ungleichheiten von Einkommen und Lebensstandards die gemeinhin als negativ bewertete werden. Man darf die individuellen Bewertung von Situationen natürlich nicht nur auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen und erwarteten Ergebnisse beschränken, sondern müsste auch Aspekte des weiteren sozialen Umfelds als ausschlaggebend für rationale Entscheidungen annehmen. Demnach bleiben Menschen in ihrem angestammten Umfeld weil sie dieses der Umstellung auf ein anderes Umfeld vorziehen. Wenn der Verbleib in einem benachteiligten Wirtschaftsraum sowieso einen positiven Wert für diese Menschen hat, wieso sollte man die Suche der anderen Menschen nach eben solchen positiven Lebensbedingungen innerhalb anderer Regionen, auf Basis einer gedachten materiellen Ungleichheit einschränken? Zudem kann man auch davon ausgehen, dass jede Region in irgendeinem Bereich einen komparativen Vorteil gegenüber den anderen Regionen hat. Es liegt aber immer auch an den dort lebenden Individuen diesen zu finden und die Voraussetzungen zu schaffen diesen auch auszunutzen. Je flexibler man das Regelsystem in einer Region gestalten kann desto einfacher kann auch auf regionale Variationen und Voraussetzungen reagiert werden. Das Steuersystem stellt in diesem Fall nur

einen Teil, aber einen nicht unerheblichen Teil der gesamten Voraussetzungen für den Erfolg einer Region dar und birgt auch hier mehr Chancen als Risiken.

Betrachtung des Steuersystems

Neben den Einkommens- und Ausgabeneffekten bringt das Steuersystem an sich gewisse Probleme und Unannehmlichkeiten für die Gesellschaft und die einzelnen Individuen mit sich. Die Modalitäten der Steuerzahlung können Individuen vor immense Anstrengungen stellen, welche mit zunehmender Komplexität des Steuersystems zunimmt. Durch ein besonders kompliziertes Steuersystem stellt sich für die besteuerten Personen eine Situation ein, in welcher sie generell eine Aktivität vollziehen müssen aus welcher sie kaum einen Nutzen schöpfen, und welche zudem noch mit einem unnötigerweise hohen Kostenaufwand verbunden ist. Die Anreize für das Individuum nach Wegen zu suchen, diese Handlungen nicht tätigen zu müssen würden sich folglich mit einem zunehmend kompliziertem Steuersystem verstärken. Die Wege der Kostenvermeidung führen hier klassischerweise in die Steuerhinterziehung, also der generellen „Nicht-Zahlung“ der Steuer womit sich ein Individuum automatisch auch strafbar machen würde, in einer suboptimalen und oberflächlichen Anfertigung der Abgabenerklärung, oder in der Beauftragung bestimmter Experten welche dem Individuum behilflich zur Seite stehen. In allen drei Fällen fallen für das Individuum Kosten an, welche unter optimaleren Bedingungen vermieden werden könnten. Sollte die Komplexität des Steuersystems zu einem entscheidenden Faktor in der individuellen Kostenrechnung gezählt werden, so sollte der Steuerwettbewerb zu einem Mechanismus werden, der verschiedenen Herrschaftsbereichen einen Standortvorteil einbringt, und welcher von anderen Wettbewerbern ausgeglichen werden müsste. Die Tendenz wäre in diesem Fall in Richtung einer Vereinfachung der Steuersysteme zugunsten der besteuerten Individuen. Eine ähnliche Überlegung kann auch zugunsten des Staates aufgestellt werden, da auch dieser Kosten aufbringen muss um die Beachtung der Steuerzahlung durch das Individuum zu überprüfen. Sollten weniger Anreize zur Nicht-Zahlung bestehen, und sollte ein vereinfachtes Steuersystem auch eine einfacheren Überprüfung der geleisteten Abgaben von Seiten des Staates aus ermöglichen, so kann davon ausgegangen werden, dass weniger Kosten für diesen anfallen. Da es sich in diesem Punkt scheinbar um eine „Win-Win-Situation“ für beide Seiten handelt, ist natürlich die Frage angebracht, warum es überhaupt den Wettbewerb bräuchte damit sich diese einstellt. Als einfache Antwort könnte man hier insbesondere auf die Tendenzen der Steuerprivilegienvergabe verweisen, durch welche oftmals vom Gebot der neutralen Besteuerung abgewichen wird um einzelne Industriezweige und Unternehmen, auf Basis industriepolitischer oder breiterer politischer Zielvorstellungen ein Vorteil zu verschaffen. Eine solche Steuerungen der privaten Aktivitäten könnten sich natürlich für Staaten auszahlen, wenn sich hierdurch neue Industriezweige entwickeln oder der Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglicht wird. Gleichzeitig sind sie aber immer ein verzerrendes Element im Wirtschaftsprozess welcher in vielerlei Hinsicht eine Anmaßung von Wissen und Weitsicht von Seiten der Politik darstellt. Im schlimmsten Fall werden hierdurch nicht-nachhaltige Wirtschaftsstrukturen geschaffen oder erhalten die an sich keinen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen und somit ohne Unterstützung nicht rentabel wären. Es ist daher viel öfter der Fall dass durch lenkende Steuern Ressourcen verschwendet und generisches Wachstum verhindert wird. Sollte der Steuerwettbewerb über all die bereits dargelegte Mechanismen dazu führen können, dass aktive wirtschaftspolitische Planung unterbunden wird und Experimente mit knappen Ressourcen seltener in Betracht gezogen werden können, so kann dies eigentlich nur als ein positiver, risikomindernder Effekt verbucht werden.

Natürlich werden Steuern von Staaten nicht nur als lenkendes Mittel der Industriepolitik betrachtet, sondern zudem dazu genutzt um Marktversagen, insbesondere sogenannte Externalitäten auszugleichen. Die Theorien des Marktversagens im Bezug auf Externe Effekte ist in der Volkswirtschaftslehre seit fast 100 Jahren bekannt. Sie postuliert dass viele lokal auftretende Probleme durch eine Anpassung der Steuerstruktur internalisiert werden könnten um somit Handlungen zu minimieren welche die Wohlfahrt einer Gesellschaft verringern. Es ist zwar fraglich inwiefern es ein Staat jemals geschafft hätte eine bestimmte Handlung in solcher Höhe zu besteuern, dass sie perfekt internalisiert werden konnte, aber der Vorteil der Internalisierung durch den Preismechanismus gegenüber direkter Regulierung scheint in der Forschung weitestgehend anerkannt. Insbesondere die Vielzahl an Staaten die mit ähnlichen Problemen konfrontiert werden erlaubt es politischen Instanzen eine Vielzahl an individuellen Lösungswegen für solche Probleme zu suchen und sich über Verfahren von "Trial and Error" an eine optimale Besteuerung anzunähern. Ein weit verbreiteter Steuerwettbewerb fördert möglicherweise solche Ansätze und ermöglicht es den politischen Entscheidern sich an lokale Gegebenheiten und Präferenzen anzunähern und auf diese einzugehen, während die Unterbindung des Wettbewerbs lediglich eine Versteifung auf wenige oder im schwersten Fall auf einen einzelnen Ansatz bedeuten würde. In Folge dessen scheint der Steuerwettbewerb auch in diesem Bereich das Potenzial zur Maximierung der Wohlfahrt zu beinhalten, während die Unterbindung des Wettbewerbs zu potenziell großen Effizienzverlusten führen könnte. Die möglichen positiven Effekte einer Vielzahl an verschiedenen Steuersystemen zu Internalisierung von Externalitäten lassen sich natürlich Analog auf

die allgemeine Gestaltung von Steuersystemen anwenden. In einer Vielzahl von Systemen haben verschiedene Staaten die Möglichkeit bei ihren Wettbewerbern nach „Best-Practice-Methoden“ zu suchen oder selber neue Konzepte zu erarbeiten und auf ihre eigenen Systeme anzuwenden. Die Gefahr von Effizienz- und Wohlfahrtsverlusten auf Grund von erzwungener Uniformität scheinen zumindest theoretisch evident.

Fazit

In diesem Essay wurde versucht eine Antwort auf die Fragestellung „Internationaler Steuerwettbewerb: Risiko oder Chance?“ zu finden. Die Betrachtung verschiedener Aspekte auf welche sich der Steuerwettbewerb auswirken könnte muss zumindest nach dieser kurzen Arbeit mit einer generell positiven Einschätzung des internationalen Steuerwettbewerbs abgeschlossen werden. Die Einschränkung des Steuerwettbewerbs durch diverse Abkommen zwischen Staaten schafft auf Seiten des Öffentlichen Sektors starke Anreize welche zu einer Verschwendung von begrenzten Ressourcen führen könnten. Sollte internationaler Wettbewerb um Steuereinnahmen dazu führen, dass Staaten in den Zwang kommen ihre Effizienz bei der Durchführung zentraler und weiterer Tätigkeiten zu verbessern dann sollte dies generell als positiv bewertet werden. Dies unterstellt natürlich die Annahme, dass Staaten überhaupt zu solchen Anpassungen in der Lage sind. Für die besteuerten Individuen resultieren aus dem Steuerwettbewerb ebenfalls mehr Chancen als Risiken. Die offensichtlichste ist zunächst dass sie ein größeres Nettoeinkommen erwarten können, oder in die Lage versetzt werden durch eine Anpassung ihres Verhaltens ihre Lebensumstände eigenständig zu verbessern. Die Verringerung der Wahlmöglichkeiten durch eine Einschränkung des Wettbewerbs müsste aus einer individualistischen Perspektive immer als negativ bewertet werden. Die eingangs aufgebrachte Analogie zum Wettbewerb zwischen Unternehmen wird für den ökonomischen Wettbewerb zwischen Staaten oftmals aufgelöst, hierfür ergibt sich meiner Meinung nach aber kaum ein triftiger Grund. Der ökonomische Wettbewerb sollte auch auf Ebene der politischen Institutionen aufrechterhalten werden. Folglich sollten Einschränkungen des Wettbewerbs durch gegenseitige Abmachungen, wie sie im Bezug auf Unternehmen eine verbreitete Praxis sind, zum Wohl der Individuen unterlassen werden. Neben den hier aufgegriffenen ökonomischen Aspekten sollte zudem auch kurz auf die positiven Aspekte des Wettbewerbs für die individuelle Freiheit der Bürger verwiesen werden. Diese geht mit einem Anstieg an wirtschaftlicher Freiheit und einer Vielzahl an Wahlmöglichkeiten einher. Wahlmöglichkeiten müssen von Individuen natürlich auch aktiv wahrgenommen werden damit sie ihre positiven Effekte zeigen. Dies Verlangt immer auch ein gewisses Maß an Anpassungswillen an sich verändernde Umstände die natürlich auch mit kurzfristigen Unannehmlichkeiten einhergehen könnten. Die Alternative zum Wettbewerb und der Anpassungskapazität von Individuen wäre jedoch ein Vertrauen in staatliche Instanzen zu setzen, welches nur in den seltensten Fällen gerechtfertigt scheint.

Literaturverweise

- Bunn, D., E. Asen, (2019) „Index der Internationalen Steuerwettbewerbsfähigkeit 2019“, Tax Foundation
- Hayek, F. A.(1944) „The Road to Serfdom“, University of Chicago Press. Chicago, IL
- Musgrave, P.B., Musgrave, R. A., Kullmer, L. (1975), „Die Öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis Band 1 - 2“, Mohr u. Siebeck, Tübingen, GER
- Smith, A. „An inquiry into the Nature and Cause of the Wealth of Nations“, Wordsworth, Hertfordshire, GB